

Niederschrift 3/2010

der Sitzung des Orsrates Nunkirchen

Datum: 31. Mai 2010

Beginn: 19.05 Uhr

Ende: 21.00 Uhr

Ort: Saalbau Nunkirchen

Anwesend:

Ortsvorsteher Jochen Kuttler

Die Mitglieder des Orsrates:

Pia Dillschneider

Stefan Ehl

Caroline Hero

Frank Hiry

Bernd Theobald

Arno Dühr

Josef Moos

Anke Rehlinger

Harald Kunze

Abwesend:

Patrizia Mötzel (entschuldigt)

Die Mitglieder des Stadtrates:

Gabriele Kirsch

Verhandelt, Nunkirchen, den 31. Mai 2010

Ortsvorsteher Jochen Kuttler eröffnet die Sitzung des Orsrates Nunkirchen. Er stellt fest, dass mit Schreiben vom 24. Mai 2010 ordnungsgemäß zur Sitzung des Orsrates eingeladen wurde und dass die Einladung entsprechend den Bestimmungen des Kommunal selbstverwaltungsgesetzes des Saarlandes in der Ausgabe Nr. 19 des Amtlichen Bekanntmachungsblattes und im Internet unter www.wad-nun.de seit 24. Mai 2010 veröffentlicht war. Er konstatiert die Beschlussfähigkeit des Orsrates. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Tagesordnungspunkte

I. Öffentliche Sitzung

1. Beratung und Abgabe einer Empfehlung zu Plänen der Rekommunalisierung der Pflege der Friedhöfe des Eigenbetriebs Friedhöfe der Stadt Wadern
2. Antrag vom ProHochwald auf Beratung über die Erschließung eines weiteren Bauabschnitts im Neubaugebiet Newer
3. Beratung über die Verkehrssituation rund um den Friedhof bei Beerdigungen
4. Informationen des Ortsvorstehers
5. Fragen der Bürgerinnen und Bürger

II. Nichtöffentliche Sitzung

6. Beratung und Beschlussfassung über die Neueinstellung eines Ortsmitarbeiters
7. Pachtanfrage für ein Grundstück
8. Anfrage bzgl. eines Gewerbebetriebs

I. Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Beratung und Abgabe einer Empfehlung zu Plänen der Rekommunalisierung der Pflege der Friedhöfe des Eigenbetriebs Friedhöfe der Stadt Wadern

Der Ausschuss für Grundstücke, Planung, Umwelt und Werksangelegenheiten des Stadtrats hat in seiner Sitzung vom 19. April dem Stadtrat die Rekommunalisierung der Friedhöfe der Stadt Wadern empfohlen. Vor einem endgültigen Beschluss müssen die Ortsräte zu dieser Thematik gehört werden.

Ortsvorsteher Jochen Kuttler erklärt, dass seine Fraktion seit Jahren die Rekommunalisierung der Pflege der Friedhöfe fordert. Das aus mehreren Gründen. Zum einen ist eine Pflege durch Mitarbeiter des Baubetriebshofs weniger kostenintensiv als eine Pflege der Anlage durch ein privates Unternehmen. Der Bauhof kann nämlich Synergieeffekte nutzen, gerade was die Beschäftigung von Mitarbeitern in der Winterzeit angeht. Zum anderen ließ die Pflege der Friedhöfe extrem zu wünschen übrig. Verantwortlich für diesen Zustand werden vor allem die Ortsvorsteher gemacht, die aber bislang keinerlei Einfluss auf die Pflege an sich hatten. Für die Bürgerinnen und Bürger, die im Ortsvorsteher ihren Ansprechpartner sehen, ein schwer verständlicher Zustand, so Jochen Kuttler. Etliche seiner Kollegen setzen aufgrund der Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger die Ortsmitarbeiter auf dem Friedhof ein, die dann die Arbeit erledigten, die eigentlich an ein Privatunternehmen vergeben worden war und somit erneut und zusätzliche Kosten verursachten. In Nunkirchen ist man diesen Weg nicht gegangen. Damit wäre nämlich auch die Verantwortlichkeit auf den Kopf gestellt worden, so Ortsvorsteher Jochen Kuttler. Für ihn war wichtig, dass alle Beteiligten offenbar wird, dass der aktuelle Zustand unhaltbar ist. Nur so war auch eine Änderung der Haltung der anderen politischen Gruppierungen zu erreichen, die ein Jahrzehnt lang der privaten Pflege die Stange gehalten hätten, obwohl die Bevölkerung ihre Unzufriedenheit mit der Situation in nahezu allen Stadtteilen deutlich kund tat.

Jochen Kuttler warnt allerdings auch davor zu glauben, dass mit einer Rekommunalisierung der Pflege der Friedhöfe paradiesische Zustände in Sachen Friedhofspflege ausbrächen. Luxus kann sich die Stadt Wadern angesichts der mehr als angespannten Haushaltslage keineswegs leisten. Auch nicht auf den Friedhöfen. Insofern warnt der Ortsvorsteher vor übertriebenen Ansprüchen. Allerdings hat der Ort in Zukunft ein deutlich gestärktes Mitspracherecht, wenn es um die Pflege des Friedhofs geht. Um hier eine sinnvolle Koordination zu erreichen, hat der Ortsvorsteher im zuständigen Ausschuss vorgeschlagen, ein elektronisches System zu etablieren, das es den Ortsvorstehern zum einen ermöglicht, ihre Pflegeaufträge einzugeben, sowie eventuelle Pflegearbeiten durch die Ortsmitarbeiter zu melden, als auch direkt einzusehen, wann welche Maßnahmen auf welchem Friedhof geplant sind. Dieses System soll vor allen Dingen auch vermeiden, dass Arbeiten zweimal ausgeführt werden oder der Bauhof anrückt, obwohl eine ungewünschte Situation bereits durch einen Ortsmitarbeiter bereinigt wurde. Dieser Empfehlung ist der zuständige Ausschuss des Stadtrats gefolgt.

Der Ortsvorsteher bittet den Ortsrat, sich für eine Rekommunalisierung der Friedhofspflege in der Stadt Wadern auszusprechen. Frank Hiry erklärt für ProHochwald, dass seine Fraktion erwarte, dass die Pflege durch den Baubetriebshof zum einen kostengünstiger geleistet werden kann und zum anderen qualitativ besser ausfällt als bisher, zumal die Mitarbeiter des Baubetriebshofs flexibler eingesetzt werden können als das bisher der Fall war. Anke Rehlinger merkt für die SPD an, dass durch die Beauftragung des Baubetriebshofs mit der Pflege der Friedhöfe auch die Mehrwertsteuerzahlung

wegfällt, so dass hier schon einmal ein Einsparpotenzial gegeben ist. Auch Harald Kunze stimmt für die CDU der Rekommunalisierung der Friedhofspflege zu.

Der Ortsrat Nunkirchen empfiehlt dem Stadtrat die Rekommunalisierung der Pflege der Friedhöfe der Stadt Wadern. Er erwartet sich eine Steigerung der Qualität der Arbeiten und eine kostengünstigere Ausführung. Ferner soll ein deutlich größerer Einfluss der Ortsvorsteher auf die auszuführenden Arbeiten gewährleistet sein.

Abstimmung: Ja-Stimmen: 10, Nein-Stimmen: 0, Enthaltung: 0

Tagesordnungspunkt 2

Antrag vom ProHochwald auf Beratung über die Erschließung eines weiteren Bauabschnitts im Neubaugebiet Newer

Stefan Ehl führt für ProHochwald aus, dass der Verkauf der 20 Baugrundstücken innerhalb von fünf Jahren zeigt, dass Nunkirchen als Wohnort mehr als begehrt ist. Für die weitere Entwicklung unseres Ortes sollte relativ zeitnah mit den Planungen für die Weiterführung des rechtsgültigen Bebauungsplans begonnen werden. ProHochwald will bei einer Fortführung der Bebauung unter allen Umständen den Anschluss des Neubaugebiets Newer III an die Saarbrücker Straße realisiert wissen. Das unter anderem auch deshalb, weil der Verkehrsabfluss des kompletten Neubaugebiets durch den Newerweg auf Dauer keine Lösung ist. Die Straße ist nie für ein derartiges Verkehrsaufkommen ausgelegt worden. Ortsvorsteher Jochen Kuttler ergänzt, dass die Weiterführung des Neubaugebiets nicht zur von der Landesregierung befürchteten Zersiedlung beiträgt, sondern sorgt im Gegenteil das Abrunden eines bestehenden Baugebiets darstellt. Über die Vorgehensweise wurden auch bereits Gespräche mit der Verwaltung geführt. Bernd Theobald schlägt vor, dass die Größe des neuen Baugebiets nach Klärung der technischen Gegebenheiten (Versorgungsleitungen etc.) richten soll. Josef Moos ergänzt, dass die KEV unter diesem Gesichtspunkt ermitteln soll, wie eine kostengünstige Aufteilung der Bauabschnitte zu realisieren ist, damit die Grundstückspreise möglichst niedrig bleiben. Ortsvorsteher Jochen Kuttler schlägt vor, das Anliegen als prioritären Initiativantrag weiterzugeben, so dass sich die KEV und anschließend der Stadtrat in einer der kommenden Sitzungen mit dem Thema auseinandersetzt.

Der Ortsrat Nunkirchen bittet die KEV um eine Ausarbeitung der verschiedenen Möglichkeiten einer Ausweitung des Baugebiets Newer. Dabei soll die Erschließung des Gebiets zwingend über eine Zufahrt von der Saarbrücker Straße realisiert werden. Ferner sollen die technischen Gegebenheiten (Versorgungsleitungen etc.) in die Überlegungen mit einbezogen werden. Der Ortsrat möchte sich zeitnah mit den verschiedenen Varianten beschäftigen, um dem Stadtrat bzw. dem zuständigen Ausschuss eine Empfehlung abgeben zu können. Die KEV wird um die Vorlage entsprechender Varianten gebeten.

Abstimmung: Ja-Stimmen: 10, Nein-Stimmen: 0, Enthaltung: 0

Tagesordnungspunkt 3

Beratung über die Verkehrssituation rund um den Friedhof bei Beerdigungen

Ortsvorsteher Jochen Kuttler zitiert aus einem Schreiben eines Anwohners an die Ortspolizeibehörde. Darin heißt es: "In Nunkirchen in der Friedhofsstraße kommt es vermehrt zu einer katastrophalen Parksituation. Einige unserer Mitbürger parken ihre Autos während des Friedhofbesuchs direkt oder hinter der Kurve am Friedhof, auch wenn der Parkplatz oft komplett leer ist. Dadurch kommt es häufig zu Beinahe-Zusammenstößen, da der fahrende Verkehr nicht mehr oder nicht mehr richtig durch die Kurve fahren kann. Auch den Anwohnern der Neustraße (...) wird das Fahren sehr erschwert, da einige Autos genau gegenüber der Einmündung in die Friedhofsstraße

parken. Somit ist kein oder nur ein sehr schlechter Verkehrsfluss möglich". Nach Ansicht des Anwohners besteht das größte Risiko aber darin, "dass man nie weiß, was einen hinter der Kurve erwartet, wenn man aus Richtung Saarbrücker Straße kommt." Ortsvorsteher Jochen Kuttler stellt vor die Diskussion eine Statistik zur Anzahl der Beerdigungen auf dem Friedhof Nunkirchen: 2009: 23 Bestattungen; 2008: 27 Bestattungen; 2007 und 2006: 29 Bestattungen. Das bedeutet, dass durchschnittlich in einem Jahr rund 25 mal für eine Stunde die angesprochene Verkehrssituation eintrifft. Umgerechnet auf die Stunden im Jahr bedeutet das einen Prozentsatz von 0,28. Ortsvorsteher Jochen Kuttler stellt die Thematik zur Diskussion.

Alle Fraktionen sehen angesichts des geringen Zeitraums der Behinderungen keinen Anlass für eine verkehrstechnische Regelung durch zusätzliche Verbote bzw. Gebote. Der Ortsvorsteher wird beauftragt an geeigneter Stelle auf die Problematik hinzuweisen und die Besucher von Beerdigungen für die Thematik zu sensibilisieren bzw. zu einer moderaten Fahr- und Parkweise zu animieren.

Tagesordnungspunkt 4

Informationen des Ortsvorstehers

a) Friedhofsgebühren

Im März sind die Friedhofsgebühren in der Stadt Wadern deutlich erhöht worden. Ortsvorsteher Jochen Kuttler gibt dazu zu Protokoll: "Der Rat der Stadt Wadern hat in seiner März-Sitzung die Friedhofsgebühren drastisch angehoben. Diese Gebührenerhöhung wurde mit den Stimmen der SPD, ProHochwald, Grünen und FDP beschlossen. Der Vertreter der Linken, der an der Sitzung nicht anwesend sein konnte, hatte seine Zustimmung im Vorfeld signalisiert. Die Kollegen der CDU haben gegen die Erhöhung gestimmt.

In letzter Zeit wurde ich vermehrt darauf angesprochen, warum die Gebühren denn überhaupt steigen. Um es auf den Punkt zu bringen, die Fragen reduzierten sich irgendwann darauf, warum zwei mal ein Meter so teuer sein könnten. Das ist zugegebenermaßen eine makabre Zuspitzung der Thematik. Sie stammt allerdings nicht von mir. Die Vereinfachung zeigt aber, dass erheblicher Aufklärungsbedarf darüber besteht, wie sich die Friedhofsgebühren überhaupt zusammensetzen.

Um es einmal klar und deutlich zu sagen: Die Formel zwei mal ein Meter taugt nicht. Sie ist nicht nur makaber, sondern sie ist auch falsch. Wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erwirbt, "mietet" – der Begriff sei mir hier der Veranschaulichung wegen hier verziehen – diese Fläche für 25 bzw. 15 Jahre. Aber er "mietet" diese Fläche nicht nur, sondern er beansprucht damit ja auch, dass die Gesamtfläche des Friedhofs gepflegt wird. Und das ist teuer. 230.000 Euro hat die Stadt Wadern im Jahr 2009 für die Pflege ihrer elf Friedhöfe ausgegeben. Allein in Nunkirchen betragen die Pflegekosten für den Friedhof im Jahr 2008 17.500 Euro. Hinzu kamen 5000 Euro für die Unterhaltung der Leichenhalle. Womit wir bereits bei 22500 Euro wären. Nicht eingerechnet sind in diese Summe alle Maßnahmen, die außerhalb des Pflegebetriebs bzw. des Unterhalts der Leichenhalle angesiedelt sind, wie zum Beispiel das Anlegen von neuen Gräberfeldern, die Einebnung von Gräbern, das Ansäen bzw. Verlegen von Rasen, die Sanierung der Friedhofsmauer, das Ausbessern bzw. die Neuanlage von Wegen, Treppenstufen etc.

Jetzt könnte man sagen, da würde nicht richtig gewirtschaftet. Das müsste alles auch günstiger zu haben sein. Nun, die Stadt kommt um Ausschreibungen und die Vergabe an den günstigen Bieter nicht herum. Insofern geht alles mit rechten Dingen zu. Im Falle der Pflege hat sich mittlerweile gar die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Stadt diese wieder selbst in Hand nehmen soll, um eine qualitative Steigerung, aber auch eine Kostenreduzierung zu erreichen. Dabei sollte man aber nicht gleich in Euphorie verfallen.

Wir müssen uns veranschaulichen, dass der Anspruch, den wir an die Optik eines Friedhofs stellen, unmittelbare Auswirkungen auf die Kosten hat. Ferner kann sich niemand beispielsweise das Zusammenfallen der Friedhofsmauer leisten. Auch die Leichenhalle muss unterhalten werden. Und dass Bäume geschnitten werden müssen, Laub entsorgt werden, Schnee geräumt werden und die Wasserstelle, wenn denn defekt, repariert werden muss, wird kaum jemand ernsthaft bestreiten.

Wer also das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erwirbt, zahlt nicht für zwei mal ein Meter oder weniger, er zahlt anteilig für die Unterhaltung des gesamten Friedhofs und zwar für 25 bzw. 15 Jahre – je nach Bestattungsform. Die Lage wird zusätzlich verschärft durch den sogenannten "demographischen Faktor". Die Tatsache, dass weniger Menschen in den Dörfern leben, die Einwohnerzahlen also zurückgehen, bedeutet zwangsläufig auch, dass weniger Beerdigungen stattfinden und damit auch – und das mag man zynisch finden oder nicht – dass die Kosten, die für die Unterhaltung eines Friedhofs anfallen, auf weniger Nutzungsberechtigte verteilt werden müssen. Denn der Friedhof wird auf absehbare Zeit genauso groß wie bisher bleiben. Die zu pflegende Fläche und die zu unterhaltenden Gebäude und Einrichtungen müssen weiterhin vorgehalten werden, auch wenn weniger Menschen beerdigt werden.

Wenn Sie sich die oben gemachten Ausführungen in Zahlen vorstellen, kommt man schnell auf die Summen, die jetzt Eingang in die Berechnung der neu angesetzten Friedhofsgebühren gefunden haben.

Eine Lösung des Problems, so ist man versucht zu mein, könnte sein, die einzelnen Friedhöfe in den Stadtteilen abzuschaffen und einen zentralen Friedhof für die Stadt Wadern einzurichten. Eine Maßnahme, die der Stadtrat ganz bewusst ausschließt, weil man auch dort weiß, dass der Friedhof für unsere Dörfer eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung als Bezugspunkt hat. Außerdem wären die jetzigen Friedhöfe dann immer noch 25 Jahre zu pflegen und zu unterhalten. Auch finanziell würde eine solche Maßnahme also kaum etwas bringen.

Kommen wir jetzt noch zum Populismus, der in der Frage der Anhebung der Friedhofsgebühren leider heftig übertrieben wurde. Da wurde von einem CDU-Kollegen von "Abzocke" gesprochen. Von "Unmenschlichkeit". Einmal abgesehen von der Tatsache, dass es mehr als unangebracht ist, Kolleginnen und Kollegen im Rat, die sich in ihrer Freizeit für ihre Dörfer engagieren, vorzuwerfen, sie würden ihre Mitmenschen als Selbstzweck ausnehmen, entbehren solche Vorwürfe auch jeder sachlichen Grundlage. Meine Ausführungen weiter oben erläutern ja klar und deutlich, wie es sich mit der Kostenstruktur verhält. Dem kann sich niemand entziehen, egal welcher Partei er angehört.

Bei der ganzen Diskussion darf man im Übrigen auch nicht vergessen, dass die Stadt Wadern von der Kommunalaufsicht – und dahinter verbirgt sich niemand geringeres als der Gesetzgeber selbst – klipp und klar aufgefordert wurde, die Kosten, die die Friedhöfe verursachen, auf die Gebühren umzulegen. Um zwar umgehend! Wenn nun jemand sagt, wir machen das nicht, dann handelt er über kurz oder lang rechtswidrig. Wenn wir aber in einem Rechtsstaat leben, dann hat sich nicht nur meines Erachtens jeder an Recht und Gesetz zu halten. So habe ich bisher jedenfalls den Aufbau unseres demokratisch organisierten Staates verstanden.

Und noch ein Wort zum Schluss. Wadern hat mit der Gebührenanpassung an die leider real existierenden Kosten das vorweggenommen, was andere Gemeinden demnächst ebenfalls vollziehen werden. Niemand kann sich ein dramatisches Defizit in Sachen Friedhof auf Dauer erlauben. Keine Gemeinde kann ihren Haushalt auf Dauer derart strapazieren. Und keine Gemeinde darf das weiterhin tun. Die Order der Kommunalaufsicht ist hier unmissverständlich. Was die Friedhöfe kosten, muss in Zukunft weitestgehend über die Gebühren abgedeckt werden. Nicht mehr und nicht weniger hat

der Stadtrat in seiner März Sitzung beschlossen. Dass das niemandem gefällt, auch nicht mir, auch nicht den Kollegen, die den Beschluss gefasst haben, steht außer Frage. Die Realität ist aber nun einmal nicht anders. Deshalb sollten wir offen, transparent und ohne Scheuklappen mit diesem Thema umgehen. Auch wenn über Friedhöfe niemand allzu gerne spricht."

b) Situation Kanal Tannenweg

Nach dem Unwetter vom 3. Juli 2009, bei dem in vielen Häusern im Tannenweg, aber auch im Buchenweg der Keller überschwemmt wurde, wurde vom Ortsrat ein Plan zur Entflechtung des Oberflächenwassers im Bereich "Im Schachen" auf den Weg gebracht. Die Vorplanung wurde dem Rat mittlerweile vorgestellt. Nach den Regengüssen der letzten Tage gab es Nachfragen der Anwohner bezüglich dieser Planung. Ortsvorsteher Jochen Kuttler erläuterte, dass laut Verwaltung aktuell am Antrag auf Förderung des Projekts gearbeitet werde, der Genehmigungsplan diesbezüglich sei in der Endphase. Nach Abgabe des Antrags kann man hier mit einer Genehmigungszeit von etwa sechs bis zwölf Monaten rechnen. Zwischenzeitlich kann aber bereits an einer Ausführungsplanung gearbeitet werden. Sollte der Bescheid positiv ausfallen, kann das Projekt wahrscheinlich zeitnah realisiert werden, sollte er negativ ausfallen bzw. die Förderung restriktiver gehandhabt werden, steht die Finanzierung von 810.000 Euro im Raum. Baldige Entwarnung kann also für den Straßenzug nicht gegeben werden, so Jochen Kuttler, auch wenn mit Hochdruck an einer Lösung für die Problematik gearbeitet wird.

c) Toiletten Saalbau Nunkirchen

Die neuen Toiletten im Saalbau können ab sofort genutzt werden. Ferner wurde der große Saal im Erdgeschoss ebenso gefliest wie der Sitzungssaal. Das alles wäre nicht möglich gewesen, wenn bei dieser Maßnahme nicht in höchstem Maße privates Engagement mit eingeflossen wäre. Ortsvorsteher Jochen Kuttler bedankt sich in diesem Zusammenhang herzlich bei den ehrenamtlichen Helfern, vor allen Dingen bei Ortsmitarbeiter Ralf Dillschneider, der die Arbeiten koordiniert hat. Gleicher Dank gilt aber auch der Firma GS-Bau Thome, die nicht nur die Fliesenarbeiten ausgeführt hat, sondern sich auch in vielen anderen Bereichen wesentlich mehr eingebracht hat, als man das von einem ausführenden Unternehmen erwarten kann. Die Sanierungsmaßnahme zeigt einmal mehr, dass mit relativ bescheidenen Mitteln sehr viel mehr erreicht werden kann, wenn zum einen privates Engagement eingebracht wird und zum anderen die Arbeiten vor Ort in eigener Regie durchgeführt werden. Gerade solche Projekte zeigen, so Jochen Kuttler, dass es mehr als sinnvoll ist, den einzelnen Stadtteilen möglichst viel Gestaltungsspielraum bei der Verwirklichung von Projekten zu lassen und noch mehr darauf zu setzen, die Verantwortlichkeit vor Ort anzusiedeln.

Als letzte Aufgabe vor der endgültigen Fertigstellung der Sanierungsmaßnahme UG Saalbau steht noch das Streichen des Untergeschosses an. Der Ortsvorsteher regt an, dass hier die Mitglieder des Ortsrats mit gutem Beispiel voran gehen und diese Aufgabe in Zusammenarbeit mit weiteren Freiwilligen meistern sollten. Als Termin schlägt der Ortsvorsteher, den 25. Juni, ab 19 Uhr vor.

Der endgültige Abschluss der Maßnahme soll bei einem noch zu terminierenden Helferfest gebührend gefeiert werden. Hierzu wird der Ortsvorsteher zusammen mit Dechant Willmes gesondert einladen.

d) Neue Bestuhlung für den Saalbau

In enger Kooperation mit dem neuen Getränkeliieferanten für den Saalbau konnten neue Tische und Stühle angeschafft werden. Das bisherige, mittlerweile 35 Jahre alte Mobiliar war zum einen unansehnlich, zum anderen entsprach es auch nicht mehr den Ausführungsbedingungen des Versicherers. Bei der Anschaffung der neuen Tische und Stühle wurde auf die Erfahrungen der Stadt Wadern mit dem Mobiliar des gleichen Herstellers in anderen Hallen zurückgegriffen.

e) Situation der Grundschule Nunkirchen

Der Rat der Stadt Wadern hat sich in seiner Mai-Sitzung mit einem Antrag der Gemeinde Schmelz an das Kultusministerium befasst, der darauf abzielt, die Kinder aus Michelbach, die bisher in Nunkirchen eingeschult wurden, in Zukunft in Schmelz zur Grundschule gehen zu lassen. Die Folge wäre für Nunkirchen eine dauerhafte Schwächung des Schulstandorts, weil die vom Gesetzgeber geforderte Zweizügigkeit ohne die Kinder aus Michelbach auf Dauer nicht durchgehend gewährleistet wäre. Ortsvorsteher Jochen Kuttler begrüßt, dass der Stadtrat in einer einstimmig verabschiedeten Stellungnahme das Ansinnen der Gemeinde Schmelz zurückgewiesen hat. Dabei nahm der Rat Bezug auf die Schwächung des Schulstandorts Nunkirchen, aber auch auf die Tatsache, dass die Verflechtungen zwischen Nunkirchen und Michelbach (gleiche Pfarrgemeinde) nicht von der Hand zu weisen sind. Ferner hat der Rat darauf verwiesen, dass auch die Eltern aus Michelbach in einer kürzlich durchgeführten Befragung mehrheitlich für Nunkirchen als Schulort für ihre Kinder votiert haben. Die Stellungnahme wurde zwischenzeitlich dem Kultusministerium zugeleitet.

f) Lückenschluss Radweg Münchweiler-Nunkirchen – Stand der Dinge

Ortsvorsteher Jochen Kuttler ist erneut beim Landesbetrieb für Straßenbau bezüglich des Lückenschlusses des Radweges zwischen Münchweiler und Nunkirchen vorstellig geworden. Der Landesbetrieb führt in einer Stellungnahme aus, dass die Maßnahme Lückenschluss Münchweiler bis Ortsdurchfahrt Münchweiler in zwei Bauabschnitte eingeteilt wurde. Der 1. Bauabschnitt beinhaltet den Bau eines straßenbegleitenden Geh- und Radweges entlang der B268 von dem vorhandenen Rad- und Gehwegen in Richtung Niederlosheim bis zu dem bestehenden Geh- und Radweg entlang der Verlegung Homanit als Lückenschluss. Der 2. Bauabschnitt besteht im Ausbau der bestehenden stillgelegten Gleisanlage zu einem Geh- und Radweg vom Radfahrertunnel in Höhe des Hofes Fontaine bis zum vorhandenen Geh- und Radweg (Route des Saarland-Radweges) an der Zufahrt nach Münchweiler als Lückenschluss. Die Planungen zu den ersten beiden Bauabschnitten der Maßnahme sind soweit fortgeschritten, dass eine Umsetzung zeitnah erfolgen könnte. Der Landesbetrieb weist aber gleichzeitig darauf hin, dass aufgrund des begrenzten finanziellen Handlungsspielraumes der Straßenbauverwaltung bezüglich einer Ausführung noch in diesem Jahr keine verbindliche Zusage gegeben werden kann. Sollte sich hier eine Neuerung ergeben, wird der LfS den Ortsvorsteher umgehend darüber informieren. Die planerische Untersuchung bezüglich der Weiterführung des Radweges in Richtung Nunkirchen bis zur Abzweigung B268/Am Felswäldchen (3. Bauabschnitt) wird laut LfS gegenwärtig vorbereitet.

g) Arbeiten Wasgau-Markt

Die Fertigstellung des Wasgau-Marktes ist für Ende Juni avisiert. Dann wird auch das Provisorium des Einkaufszeltes auf dem Dorfplatz ein Ende haben. Der Ortsvorsteher hat mit der Wasgau-AG vereinbart, dass es bezüglich evtl. zu beseitigender Schäden auf dem Dorfplatz einen Ortstermin geben wird.

h) Bolzplatz

Der Ortsvorsteher informiert den Rat darüber, dass, zeitnah nach dem Abbau des Wasgau-Zeltes, das vom Ortsrat beschlossene Tor auf dem Bolzplatz aufgestellt werden wird.

i) Blumenschmuck im Ort

Ortsvorsteher Jochen Kuttler bedankt sich beim Obst- und Gartenbauverein für den Blumenschmuck an der Brücke in der Ortsmitte. Der Verein hat auch zugesagt, sich erneut um die Kreiselbepflanzung zu kümmern. Der Ortsvorsteher bittet den Rat hier, die Kosten, die dem OGV für die Beschaffung von Samen, Pflanzmaterial etc. gegen Rechnungsvorlage zu ersetzen. Der Höchstbetrag soll auf 300 EUR begrenzt werden.

Tagesordnungspunkt 5

Fragen der Bürgerinnen und Bürger

- Manfred Ewen merkt an, dass die Einrichtung der Geschwindigkeitmessanlagen an den Dorfeingängen eine gute Sache ist, allerdings spricht er sich dafür aus, die Anzeigentafel in der Saarbrücker Straße weiter oben in Richtung Ortseingang zu verlegen. Ortsvorsteher Jochen Kuttler erläutert, dass der Standort bewusst gewählt wurde, weil die Messautomatik in Kurven nur sehr schwer einsetzbar ist. Ferner werden die Autofahrer so auf einer Wohnstraße ausgebremst und nicht weit vor dem Ort, was zu einer anhaltenden Geschwindigkeitsminderung führt. Die Erfahrungen mit den Anlagen zeigen, dass die Anwohner hellauf begeistert sind, wie sehr der Belohnungseffekt durch lächelnde oder traurige Gesichter funktioniert.
- Anke Rehlinger bittet den Ortsvorsteher mit der Verwaltung einen Ortstermin bzgl. des Stands der Planungen zur Sanierung der Grundschule Nunkirchen zu arrangieren.
- Arno Dühr merkt an, dass die Abzweigung Bachloch im Oberdorf unterhöhlt ist und der Fahrbahnrand bereits komplett abgebröckelt ist. Der Ortsvorsteher weist darauf hin, dass er die Verwaltung bereits vor zwei Wochen auf die durchaus unfallträchtige Situation hingewiesen hat. Er wird aber erneut darauf drängen, dass hier alsbald Sicherungsmaßnahmen vorgenommen werden.
- Josef Moos ist der verwilderte Zustand der Beete rings um den Kreisel ein Dorn im Auge. Der Ortsvorsteher führt aus, dass er, sobald ein zweiter Ortsmitarbeiter zur Verfügung steht, diese Beete von den Kräften vor Ort von Unkraut frei halten lassen will.
- Josef Moos moniert den katastrophalen Zustand des Straßenbelags der Allee in Münchweiler. Er stellt fest, "dass die Straße, wenn sie den in einem anderen Stadtteil wie zum Beispiel Wadern wäre, bereits längst saniert worden wäre". Ortsvorsteher Jochen Kuttler warnt vor Pauschalierungen. Er merkt an, dass es durchaus auch in Wadern Straßenzüge gibt, die ebenfalls dringend einer Sanierung bedürfen. Was die Allee in Münchweiler angeht, kann der Ort nicht viel ausrichten. Hier ist das Engagement der Stadt gefragt. Allerdings wird der Ortsvorsteher bei der Verwaltung darauf drängen, dass zumindest ein verkehrssicherer Zustand hergestellt wird. *Nach längerer Diskussion über Möglichkeiten der Sanierung der Straße bittet der Ortsrat die Bauverwaltung zu eruieren, ob es neben einer kostenintensiven Komplettsanierung auch andere Möglichkeiten der Ausbesserung gibt. Josef Moos verweist hier insbesondere auf eine Überasphaltierung hin, die auch schon auf andere Teilwegstrecken problemlos funktioniert habe und mindestens zehn Jahre halte. Der Ortsrat bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung zur weiteren Vorgehensweise bzw. den o.a. Vorschlägen.*